

MICHAEL RIDDER

EG-Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung in Griechenland

Kurzfassung

Die griechische regionale Wirtschaftspolitik konzentriert sich im wesentlichen auf klassische Formen der Wirtschaftsförderung (Akquirierung von Betrieben und Schaffung technischer Infrastrukturen), die in den 80er Jahren wesentlich durch die finanzielle Unterstützung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beeinflusst wurde. In der Region Thrakien konnten dabei keine durchgreifenden Impulse für eine endogene regionale Wirtschaftsentwicklung registriert werden. Auch neuere Ansätze der Programm-Implementierung, die auch Maßnahmen zur Förderung des Innovationspotentials und Beratungsdienste einbeziehen, zeigen eine nur geringe positive Wirkung der EG-Regionalpolitik. Die strategische Vorbereitung Thrakiens auf den europäischen Binnenmarkt durch strukturpolitische Programme muß insgesamt als ungünstig bezeichnet werden.

1. Problemstellung und Zielsetzung

Der folgende Aufsatz resümiert Ergebnisse der griechischen regionalen Industrialisierungspolitik anhand der nordöstlichen Region Thrakien (1). Besonderes Augenmerk

gilt dabei der Implementierung der Interventionen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dessen Einbettung in die regionale Wirtschaftsförderung sowie den Effekten auf den regionalen Industrialisierungsprozeß.

Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung hat seit seiner Gründung im Jahre 1975 zunehmend an Gewicht gerade in den strukturschwachen Ländern der Gemeinschaft gewonnen. Nach der Reform der Strukturfonds im Jahre 1989 laufen in Griechenland nur noch in Ausnahmefällen strukturpolitische Interventionen ohne den EFRE. In Anbetracht dieser erheblichen Beeinflussung und der mit den finanziellen Unterstützungen einhergehenden Hoffnungen auf eine Verbesserung der lokalen Einkommenssituationen erscheint es unabdingbar, die bisherige Anwendung dieses Instrumentariums in der griechischen Regionalpolitik zu bewerten und Handlungsperspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Die Anforderung ergibt sich vor allem deshalb, weil die schrittweise Verdoppelung der Strukturfondsmittel bis 1993 und die Konzentration auf die Ziel-1-Gebiete der Gemeinschaft den benachteiligten Regionen Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer ökonomischen Rahmenbedingungen ermöglichen sollen, um gegen einen erhöhten Wettbewerbsdruck aufgrund der Vollendung des Binnenmarktes besser gewappnet zu sein.

Die Arbeit konzentriert sich auf die drei wesentlichen Interventionsbereiche des EFRE in der Gewerbeförderung: Der Beitrag zur Finanzierung produktiver Investitionen und zu einer wirtschaftsnahen Infrastruktur durch die Beteiligung an Industriezonen umfaßt klassische Formen der Wirtschaftsförderung, die in der ersten Hälfte der 80er Jahre kennzeichnend für die Unterstützung des EFRE waren. Dagegen beinhaltet die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen mit dem Schwerpunkt von Beratungsdienstleistungen neuere Ansätze griechischer Wirtschaftsförderung, die vermehrt auch weiche Faktoren regionaler Entwicklung einbeziehen. Dieser Komplex wurde anhand der Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP) untersucht.

2. Merkmale der griechischen regionalen Wirtschaftspolitik

Die griechische regionale Wirtschaftspolitik kann beschrieben werden als eine im wesentlichen kapitalorientierte Industrieansiedlungspolitik, deren entscheidende Impulse von der Gewährung eines Maßnahmenbündels aus Subventionen und/oder Steuererleichterungen ausgehen sollen. Darüber hinaus setzen verschiedene Anreize wie zum Beispiel Arbeitsplatzsubventionen an den Kosten des Produktionsfaktors Arbeit an. Ihre finanzielle Bedeutung ist jedoch gegenüber den kapitalorientierten Maßnahmen von nur untergeordneter Wirkung. Die Vorgehensweise, über die Reduzierung der Kapital- und/oder Arbeitskosten zur regionalen Entwicklung beizutragen, ist – ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland – orientiert am neoklassischen Erklärungsansatz der regionalen Wachstumstheorie, die in den interregionalen Kosten- und Ertragsdifferenzen den entscheidenden Impuls für die interregionale Kapitalmobilität und das unternehmerische Standortverhalten sieht (2).

Das wichtigste Instrument der regionalen Wirtschaftspolitik ist das Gesetz 1892/90 (3), das Investoren verschiedene Anreize in vier regionalen Förderzonen gewährt. Aufgrund der starken wirtschaftlichen Benachteiligung gilt Thrakien als Sondergebiet mit besonderen finanziellen Begünstigungen.

In der Vergangenheit zeigten die erheblichen finanziellen Zuwendungen jedoch wenig Wirkung und trugen kaum meßbar zu einem Abbau der regionalen Disparitäten bei: Von 1970 bis 1985 erhöhte sich der Anteil Thrakiens am Bruttoinlandsprodukt trotz der Bevorzugung in der Wirtschaftsförderung nur von 2,3 % auf 2,8 % (4). Dabei konnte keine Diversifizierung der Industrie erreicht werden, u.a. weil die Politik der Industrieförderung nicht auf einer koordinierten Vorgehensweise beruht, die auf eine strukturell und großemäßig günstige Vernetzung abzielt und somit "linkage-effects" ermöglicht. Gefördert wird trotz der Zurückhaltung bei von vorneherein kritischen Sektoren fast alles, was halbwegs einzelbetrieblich rentabel erscheint, mit der Folge, daß regional Betriebsstrukturen entstehen, die monostrukturell ausgerichtet sind oder die keinerlei Verbindung untereinander aufweisen. In der Periode 1982 bis 1988 und damit nach der Einführung des mittlerweile durch das Gesetz 1892/90 in seiner Förderphilosophie nur unmerklich

geänderten Investitionsförderungsgesetzes 1262/82 entfielen in Thrakien 57 % (5) aller Investitionen auf die bisher schon dominierenden Branchen der Nahrungs- und Genußmittel- sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie, die zum Teil unter einen erheblichen internationalen Wettbewerbsdruck geraten sind (6).

2.1 Die Beteiligung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) an industriellen Investitionen in Thrakien

Der EFRE gewährt neben Zuschüssen für infrastrukturelle Maßnahmen auch Subventionen für private Investitionen in der industriellen und gewerblichen Produktion sowie im Dienstleistungssektor. Die Investitionen werden ausschließlich im Rahmen nationaler Förderungsmaßnahmen vergeben. Der EFRE beteiligt sich dabei im Einzelfall zur Hälfte an den Subventionen, die von nationalen Stellen bewilligt worden sind.

Nach Artikel 35 der durch die Reform der Strukturfonds ab 1.1.89 ersetzten Fondsverordnung des EFRE (7) sollte der Anteil der Zuschüsse für Privatinvestitionen bei 30 % des gesamten Fördervolumens liegen. In der Vergangenheit hat der griechische Staat jedoch den überwiegenden Teil der Subventionen für infrastrukturelle Maßnahmen verwendet. Diese Praxis ist mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland und Dänemarks auch in den anderen Ländern der Gemeinschaft üblich. So entfielen im Jahre 1987 rund 91 % aller Fondszuschüsse auf Infrastrukturvorhaben (8). Im Zeitraum 1981 bis 1987 lag der entsprechende Anteil für Griechenland bei 98,5 %. In Thrakien waren die Zuschüsse für industrielle Investitionen jedoch wesentlich höher, sie erreichten in der gleichen Periode 11 % der vom EFRE in der Region vergebenen Mittel (9).

Im folgenden soll die innere Struktur der geförderten Industrieunternehmen näher untersucht werden. Dabei steht die Beantwortung der Frage im Vordergrund, welchen substantiellen Beitrag die mit Hilfe des Regionalfonds errichteten Betriebe zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region geleistet haben, d.h., ob sie, wie in Artikel 19 der Verordnung des EFRE als Vorbedingung für eine Bezuschussung genannt, "gesunde wirtschaftliche Tätigkeiten betreiben, die darauf abzielen, zur Schaffung oder Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze beizutragen" (10).

Im einzelnen gibt der EFRE vor, bei jeder Einzelinvestition die folgenden Punkte geprüft zu haben:

- den "Beitrag der Investition zur wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets;
- die Kohärenz der Investition mit den Programmen oder Zielen der Gemeinschaft;
- die Lage des betreffenden Wirtschaftszweigs und die Rentabilität der Investition" (11).

Die hohen Vorgaben halten einer Überprüfung in der Realität nicht stand. In einer 1988 in der Region Thrakien durchgeführten repräsentativen Unternehmensbefragung

zeigte sich, daß von insgesamt 25 bis zu diesem Zeitpunkt mit EFRE-Geldern geförderten Industrieunternehmen 8 Unternehmen schon nach wenigen Jahren ihre Produktion eingestellt hatten. Die verbliebenen Unternehmen beschäftigten nur etwas mehr als die Hälfte der in den Investitionsplänen prognostizierten Arbeitsplätze. Fast alle der in den ersten vier Jahren der Mitgliedschaft durch den EFRE geförderten Investitionen waren schon in den 70er Jahren in Angriff genommen worden, was eine Ex-ante-Überprüfung der Vorhaben ausschließt. Die geförderten Unternehmen gehörten mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil zu den Kapital- und Investitionsbranchen, produzierten aber mit nur geringen Inputs von Kapital und Know-how im wesentlichen technisch einfache Produkte (Kühlschränke, Baukonstruktionen, Autofilter, Holz- und Kohleöfen, Blechdosen) die alle am Ende des Produktzyklus standen. Die nur wenig ausgebildeten Vorwärts- und Rückwärtskoppelungseffekte zu anderen Unternehmen lassen den Schluß zu, daß sie keinen substantiellen Beitrag zur technologischen Entwicklung der regionalen Industrie und zur inneren Verklammerung der Wirtschaftsbereiche leisten.

Die Investitionsförderungspraxis des EFRE in Thrakien im Bereich des produzierenden Gewerbes kann somit zusammenfassend nur als äußerst unbefriedigend bewertet werden. Nur wenige der Investitionen sind den Förderungskriterien nach einer Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in lebensfähigen Unternehmen gerecht geworden. Darüber hinaus wurde in nicht einem Unternehmen eine größere Anzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen eingerichtet.

Ein positiver Beitrag der Förderungsmaßnahmen zur regionalen Entwicklung kann demnach nicht registriert werden, sieht man einmal von der rein finanziellen Begünstigung ab.

Für zukünftige Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Regionalentwicklungsprogramms 1989 bis 1993 ist dringend eine Ex-ante-Evaluierung der potentiellen Investitionsvorhaben zu fordern. Dabei ist neben der Prüfung der einzelbetrieblichen Rentabilität gesondertes Gewicht auf die Einbettung der Investitionen in den regionalen Produktionsprozeß, d.h. der zu erwartenden vor- und nachgelagerten Koppelungseffekte, sowie auf den Beitrag zur Qualifizierung der Arbeitskräfte zu legen.

2.2 Die Beteiligung des EFRE am Aufbau von Industriezonen

Die Politik zur Errichtung von Industriezonen ist eines der wesentlichen Elemente der regionalpolitischen Förderkonzepte in Griechenland und das zentrale Instrumentarium der griechischen Regierungen zum Aufbau einer wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Im Jahre 1990 operierte in Thrakien nur die Industriezone von Komotini. Die Industrieparks von Xanthi und Alexandroupolis befanden sich noch im Aufbau. In der mit Fördergeldern des EFRE aufgebauten Industriezone von Komotini produzieren mit wenigen Ausnahmen alle bedeutenderen Unternehmen des Nomos Rodopi (1988: 25

Betriebe mit 1 352 Beschäftigten), der regionale Industrialisierungsprozeß ist somit nicht unmaßgeblich durch die Errichtung des Industrieparks beeinflusst worden. Die Unternehmen weisen allerdings ähnlich gelagerte Strukturprobleme auf, wie das bei der Gesamtheit der in Thrakien produzierenden Unternehmen beobachtet werden konnte (12): 1988 arbeiteten 87,4 % aller Beschäftigten in Firmen der Konsumgüterbranche (Nahrungsmittel, Getränke, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Papier und Kunststoffe). Demgegenüber war die Investitions- und Kapitalgüterproduktion nur mit 8 kleineren Betrieben und insgesamt 120 Beschäftigten vertreten (8,9 %). Die strukturelle Zusammensetzung der Unternehmen war damit noch ungünstiger als in der gesamten Region Thrakien (1984: 75,6 % der Beschäftigten in der Konsumgüter- und 19,2 % in der Kapitalgüterbranche (13)).

Auch hier ist eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Firmenzusammenbrüchen und eine geringe Einbindung der Unternehmen in die Regionalwirtschaft zu beobachten. Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen hat sich ausschließlich aufgrund der Investitionsanreize in der Region angesiedelt und verfügt kaum über Kontakte zu anderen Betrieben.

Die nur unzureichende Planung und das Entstehen von Betriebsanhäufungen, die kaum innere Vernetzungen aufweisen, wurde von Hummen (14) bereits für die Industriezone von Thessaloniki bemängelt. Die strukturelle Heterogenität, die der Autor vor allem bezüglich der Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben beschreibt, läßt sich auch auf die Industriezone von Komotini übertragen:

“In den Plänen fehlten alle Angaben, die auf eine ökonomisch sinnvolle produktmäßige Auswahl der anzusiedelnden Klein- und Mittelunternehmen zielten. Man hat diese Angaben sogar ganz bewußt nicht in dem Ansiedlungskonzept aufgeführt, so daß sich heute ein ‘Konglomerat’ von Produktionslinien feststellen läßt, die weder untereinander noch mit der vorhandenen Großindustrie verknüpft sind. Mit der Ausgestaltung des Konzepts hat man auf die Vorteile verzichtet, die sich ergeben hätten, wenn die Klein- und Mittelindustrie stärker untereinander und mit der Großindustrie produktionsmäßig verbunden worden wäre. Die Möglichkeiten der Schaffung von Vorliefererbetrieben für die Großindustrie hätten z.B. den betriebsgrößenspezifischen Transfer von ‘Know-how’ ermöglicht, die Heranführung an hohe Qualitätsstandards der exporterfahrenen Großbetriebe verbessert usw. Auch eine bessere Abstimmung der Produktionslinien der Klein- und Mittelindustrie untereinander hätte die Möglichkeit eröffnet, durch gemeinsamen Einkauf der benötigten Vorprodukte und koordinierte Vermarktungsformen in Bereichen ‘economies of scale’ zu erzielen, die heute aufgrund ihrer Betriebsgröße lediglich die Großindustrie erzielen kann” (15).

Die Qualifizierung der Arbeitskräfte in der Industriezone von Komotini war ähnlich unzureichend wie in den übrigen Firmen der Industriebefragung. 90 % (Sample: 89,6 %) aller Beschäftigten verfügte über keinerlei berufliche Ausbildung, nur 4 von 11 Betrieben (Sample: 24 von 73 bekannten

Fällen) beschäftigte Personal mit einer Fachhochschul- oder Universitätsausbildung.

Die technologische Ausstattung der Unternehmen entsprach nur in wenigen Produktionseinheiten internationalen Fertigungsstandards. Die überwiegende Mehrzahl der im Durchschnitt höchstens zehn Jahre alten Firmen verfügte über eine veraltete Technologie, mit der auf Dauer kaum eine international wettbewerbsfähige Produktion gehalten werden kann.

Die fehlenden Kontakte zu anderen Unternehmen, Dienstleistungen sowie zu den Absatzmärkten gehören somit auch zu den wesentlichen Nachteilen des Produktionsstandortes. Die griechische Industrieentwicklungsbank ETBA als Betreiber der Industriezone ist diesen Defiziten bisher nicht durch entsprechende Maßnahmen – etwa über die Einrichtung eines Informations-, Verwaltungs- und Technologiezentrums innerhalb des Industrieparks – entgegengetreten. Das Angebot einer unternehmensbezogenen Dienstleistungsinfrastruktur parallel zur Einrichtung der rein technischen Grundversorgung (Energie, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung) ist aber gerade in bisher nicht industrialisierten Regionen, die entsprechend auch über keine gewachsenen Strukturen in diesen Sektoren verfügen, eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des regionalpolitischen Förderinstrumentariums "Industriezone".

2.3 Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen der Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP)

Die Integrierten Mittelmeerprogramme stellen für Griechenland einen qualitativen Sprung in der Regionalpolitik dar, da hier zum ersten Mal Elemente der Programmplanung Eingang in strukturpolitisches Handeln fanden, die auch wesentliches Merkmal der später erfolgten Reform der Strukturfonds ist. Vor dem Erfahrungshintergrund der nur geringen Wirksamkeit klassischer Maßnahmen der Wirtschaftsförderung (Akquirierung von Betrieben und Schaffung einer technischen Infrastruktur) erscheint es sinnvoll, innerhalb der IMP verfolgte integrierte Ansätze von Gewerbeförderung zu bewerten.

Die wichtigste Förderungsinstanz für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Griechenland ist die Griechische Organisation für kleine und mittlere Verarbeitungsunternehmen und das Handwerk (EOMMEX). EOMMEX ist dem Ministerium für Industrie und Technologie unterstellt und verfügt über einige zentrale Kompetenzen bezüglich der Gewerbeförderung. Das den KMU im Rahmen der IMP offerierte Angebot an Zuschüssen für innovatorische Maßnahmen, für die Verbesserung der Verwaltung oder der Schaffung gemeinsamer Dienste stellt eine Neuerung in der griechischen Industriepolitik dar. In den Verantwortungsbereich von EOMMEX fielen bis 1990:

- die Bewertung der Investitionsanträge von Gewerbebetrieben bezüglich der Aufnahme in das Investitionsförderungsgesetz 1262/82 (Investitionen bis 80 Mio. Dr., zu Beginn bis 40 Mio. Dr.);

- die Ausarbeitung von Studien und Forschungen zur Entwicklung der KMU;
- die Unterstützung für die Gründung oder Entwicklung von Gesellschaften zur Gewährung technischer Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen;
- die Unterstützung für die Entwicklung und Anwendung von Produktplanungen und -entwürfen für KMU;
- die Initiierung für die Gründung oder Entwicklung gemeinsamer Dienstleistungen für KMU (z.B. Beschaffung von Rohmaterialien, genossenschaftliche Initiativen);
- die Gründung von Innovationszentren, die Ermutigung für die Anwendung innovatorischer Ideen und die Förderung neuer Technologien in KMU;
- die Gründung und Entwicklung branchenbezogener Institute, die u.a. experimentelle Forschungsarbeiten durchführen;
- die Unterstützung örtlicher Initiativen für die Gründung von Betrieben in den Branchen, die lokale Ressourcen ausschöpfen und beschäftigungsfördernd wirken;
- die Weiterbildung von Unternehmer/innen, Kadern und Handwerker/innen in technischen und organisatorischen Themen;
- die Unterstützung in der Gewährung technischer Hilfe gegenüber KMU bezüglich einer Beteiligung an staatlichen Lieferungen;
- die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen griechischen und ausländischen Unternehmen (16).

Eine Befragung bei den Zweigstellen von EOMMEX in Thrakien ergab, daß nach der Hälfte der Laufzeit der IMP nur eine geringe Resonanz bei Investoren bzw. bestehenden Unternehmen bezüglich des prinzipiell sehr differenzierten Förderangebots zu verzeichnen war. Das betraf z.B. unternehmensbezogene Dienstleistungen, die sowohl auf dem Gebiet der Finanz- und Innovationsberatung als auch bei der Verbesserung der Verwaltungs-, Marketing- und Produktionsstrukturen technische Hilfe anbieten sollen und wo nur wenige Gründungen registriert werden konnten. Bei der Gründung oder Entwicklung gemeinsamer Dienste auf Unternehmensebene (Kooperationen im Bereich Rohstoffbeschaffung, Gebrauch von Produktionsflächen und Ausrüstungen, Verwaltungseinrichtungen, Ausführung von Aufträgen, der Verkaufsförderung auf lokalen, nationalen und internationalen Märkten) konnte bis 1989 nicht eine Initiative registriert werden. Auch bei der Hilfe für die Einführung von Innovationen konnten nur unbefriedigende Ergebnisse festgestellt werden. Die bewilligten Anträge betrafen Ende 1989 tendenziell nur technologisch einfache Neuerungen und reflektieren das geringe innovatorische Potential der bestehenden Unternehmen.

Man muß zusammenfassend zu der Auffassung gelangen, daß das Programm zur klein- und mittelgewerblichen Förderung auch im weiteren Verlauf seiner Dauer in der

Region nicht die Impulse freisetzen wird, die zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition der Firmen notwendig sind. Darunter fallen insbesondere die für die ökonomische Entwicklung strategisch wichtigen Programme über die Stimulierung von Gründungen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (technische Hilfe, Unternehmensberatung) und die Maßnahmen zur Produktverbesserung. Die mäßigen Erfolge liegen zum einen in der geringen Innovationsbereitschaft der Unternehmen selbst begründet. Zum anderen ist es EOMMEX als verantwortlicher Förderinstanz nicht gelungen, eine aktive Rolle in der Förderpolitik zu übernehmen. Die staatlichen Stellen waren nicht bereit, auf die Unternehmen zuzugehen und ihnen Defizitbereiche im Betrieb aufzuzeigen, wo dringend ein entsprechender Handlungsbedarf besteht.

Bei der bisher für die Förderung von KMU zuständigen EOMMEX ist eine Vermischung von staatlichen Kontrollfunktionen und Unternehmenshilfe zu beobachten. Die restriktive Vergabe von Finanzmitteln und die eher auf der "kann"- denn auf der "muß"-Ebene vorhandene Aufgabe zur Verbesserung betriebswirtschaftlicher Prozesse hatte zumindest für die Region Thrakien eine weitestgehende Wirkungslosigkeit dieser Institution bezüglich der Förderung der regionalen Wirtschaftskraft zur Folge.

Die Mißerfolge haben dazu geführt, die Gewerbeförderung im Rahmen des Regionalentwicklungsprogramms 1989 bis 1993 in Ostmakedonien und Thrakien an einen anderen Träger zu vergeben.

Die Maßnahmen der Integrierten Mittelmeerprogramme tragen dennoch, aber nicht greifbar, dazu bei, innovatorisches Gedankengut in den Betrieben zu verbreiten, indem diverse Möglichkeiten zur Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen publik gemacht werden. Sie ebnen somit wenigstens sukzessive den Weg für den Einsatz von Neuerungen, wie das z.B. bei Innovationstechnologien zu beobachten ist.

3. Das Regionalentwicklungsprogramm 1989 bis 1993

Das Regionalentwicklungsprogramm 1989 bis 1993 für die Region Ostmakedonien und Thrakien, ein operationelles Unterprogramm des für Griechenland geltenden Gemeinschaftlichen Förderkonzepts (GFK), beinhaltet für den Bereich der Gewerbeförderung im wesentlichen die bereits in den Integrierten Mittelmeerprogrammen (IMP) dargelegten Fördermodalitäten. Das Unterprogramm "Gewerbe und Industrie" besteht aus einer schon bei den IMP zu bemängelnden Aufzählung von Einzelmaßnahmen, die isoliert nebeneinander stehen und aus sich selbst heraus keine Interaktion untereinander garantieren. Unklar bleibt, inwieweit die seitens der EG und auch im Regionalentwicklungsprogramm fortwährend proklamierte Vernetztheit mit anderen Maßnahmen sichergestellt werden soll.

Sinnvoll wäre die Kreation von regionalen Entwicklungsinstituten oder Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die unter Anschubfinanzierung des Staates versuchen, eine innovative Mittlerrolle zwischen produzierender Wirtschaft und den staatlichen Instanzen einzunehmen. So könnten

Einzelmaßnahmen koordiniert und konkrete Hilfestellung etwa beim Aufbau von unternehmensbezogenen Dienstleistungen innerhalb oder außerhalb der regionalen Betriebe geleistet werden. Dazu kommen Aufgaben, die explizit auf die Anpassung der Unternehmensstrukturen an die veränderten Rahmenbedingungen durch den europäischen Binnenmarkt abzielen und die im Regionalentwicklungsprogramm gar nicht thematisiert werden (z.B. Aufbau einer "Technologiebörse", Anbindung an europäische Datenbanken).

Vor dem Hintergrund der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung erscheint es vollkommen unverständlich, weshalb die staatlichen Instanzen nicht endlich entsprechende Schritte zur Installation einer regionalen Technologiepolitik mit daraus folgenden konkreten Maßnahmen der Umsetzung unternehmen.

Die unbefriedigenden Ergebnisse der Wirtschaftsförderungspolitik bestätigen, daß regionale Strukturpolitik wesentlich an der Aktivierung intraregionaler Potentiale ansetzen und man diese Aktivierung auch in geeigneter Form managen muß. Die neuen komplexen Förderprogramme der EG, zu denen auch schon die IMP zu zählen sind, leisten einen wichtigen Beitrag in diese Richtung. Allerdings zeigt sich in Griechenland, daß diese Ansätze nur ungenügend implementiert werden. Das liegt zum einen an fehlenden organisatorischen Strukturen. Zum anderen werden die neuen strukturpolitischen Ansätze von privaten und vor allem staatlichen Instanzen nicht in ihrer strategischen Dimension erkannt.

Es sind somit tendenziell polarisierende Wirkungen der EG-Regionalpolitik zu befürchten, die regionale Disparitäten noch verschärfen können, da vor allem Akteure in den fortgeschrittenen und besser organisierten Regionen Griechenlands von den Maßnahmen Gebrauch machen werden (17). Die zu Beginn der EG-Mitgliedschaft beobachtete geringe Absorptionsfähigkeit griechischer Träger in fast allen strukturpolitischen Interventionsbereichen der EG hat sich mit dem Übergang zur Programm-Implementation fortgesetzt. So besteht Anlaß zu der begründeten Befürchtung, daß auch die Reform der EG-Strukturfonds in Thrakien zu keiner durchgreifenden Verbesserung und Entwicklung der regionalen Industriestrukturen beitragen wird. Weder die traditionellen, zunehmend unter Wettbewerbsdruck geratenen Sektoren der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie der Textil- und Bekleidungsbranche, noch der unterentwickelte Investitionsgütersektor erfahren eine wesentliche technisch-administrative Unterstützung zur Verbesserung ihrer Marktpositionen.

Die Chancen der Region im europäischen Binnenmarkt sind somit, was die strategische Vorbereitung betrifft, als ungünstig zu bewerten. Die von der EG-Kommission vorgesehene Ausgleichswirkung gegenüber dem aus der Schaffung des Binnenmarktes zu erwartenden Wettbewerbsdruck, die mit der massiven Erhöhung der Mittel für Ziel-1-Region unterstützt werden soll, wird in peripheren Regionen Griechenlands solange keine Wirkung zeigen, bis nicht endlich ernsthafte Ansätze zu einer aktiven nationalen Industriepolitik auf regionaler Ebene ergriffen werden, die

auch wesentliche Bereiche wie Marketing, Produktentwicklung oder auch Beschäftigungsqualifizierung einbeziehen.

Von einer "Regionalisierung der Strukturpolitik" ist die griechische Wirtschaftsförderungspolitik aber noch weit entfernt. Dazu müßten auch in anderen politischen Bereichen weitgehende Dezentalisierungsmaßnahmen getroffen werden, die endlich eine aktive Partizipation regionaler Akteure ermöglichen.

Anmerkungen

(1)

Der Aufsatz schließt sich inhaltlich an einen Beitrag des Verfassers zu Wirkungen des EG-Beitritts auf der Wettbewerbsebene von Industrieunternehmen in Thrakien an: *Ridder, M.: Regionale Industrieentwicklung und Effekte aus dem Beitritt zur EG. Der Fall Thrakien in Nordgriechenland. In: Raumforschung und Raumordnung*, 48 Jg. (1990) H. 6, S. 319–326

(2)

Vgl. dazu grundsätzlich *Buttler, F.; Gerlach, K.; Liepmann, P.: Grundlagen der Regionalökonomie.* – Reinbek 1977, S. 130

(3)

Hellenic Industrial Development Bank (ETBA): Development law 1892/90. – Athen 1990

(4)

Eigene Berechnungen nach dem National Statistical Service of Greece

(5)

Eigene Berechnungen nach Angaben des griechischen Wirtschaftsministeriums

(6)

Zu analogen Ergebnissen der Konzentration der Investitionen auf Konsumgütersektoren kommt auch *Hassid* für die nationale Ebene: *Hassid, J.: Trade in Manufactures and Industrial Restructuring: The Effects of the first three Years of Accession on the Manufacturing Sector of the Greek Economy. In: Yannopoulos, G.: Greece and the EEC. Integration and Convergence.* – London and Basingstoke 1986, S. 80–116

(7)

EG-Kommission: Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 vom 19. Juni 1984, betreffend den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 169 vom 28.6.1984. – Luxemburg 1984

(8)

EG-Kommission: Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung. Dreizehnter Jahresbericht (1987) der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß. – Brüssel, Luxemburg 1989, S. 36

(9)

Nach Angaben des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

(10)

Vgl. EG-Kommission, a.a.O.

(11)

Dieselbe: Artikel 20

(12)

Vgl. Ridder, M.: Regionale Industrieentwicklung . . . , a.a.O.

(13)

Eigene Berechnungen nach: National Statistical Service of Greece: Résultats du Recensement des Industries manufacturières, d'Artisanat et du Commerce, effectué le 28 Septembre 1984, Volume I – Fascicule A. – Athen 1984

(14)

Hummen, W.: Die Klein- und Mittelindustrie Griechenlands. Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten angesichts des Beitritts. In: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik: Europäische Gemeinschaft und Südeuropäische Beitrittsländer. Anforderungen an die Integrationsfähigkeit. – Berlin 1978, S. 101–13

(15)

Ebenda, S. 120

(16)

EOMMEX: Gewerblich . . . – Athen, Oktober–Dezember 1988, S. 6 (in griechischer Sprache)

(17)

Vgl. dazu auch: *Tömmel, I.: Europäischer Binnenmarkt und mediterrane Peripherie. In: Prokla 75 (1988), S. 29–46, hier S. 42*

*Dipl.-Geogr. Dr. Michael Ridder
BBI transfer
Beratung & Bildung
Interregional GmbH
Hastedter Dorfstraße 20
2800 Bremen 1*